

Die Währungsunion am 1. Juli 1990: wirtschaftspolitische Fehlleistung mit Folgen

Ulrich Busch

Einleitung

Es gibt kaum ein Ereignis im Kontext der deutschen Vereinigung, das wissenschaftlich und publizistisch so gründlich aufgearbeitet worden ist wie die deutsche Währungsunion am 1. Juli 1990.¹ Trotzdem bestehen gerade hier die größten Irrtümer und Fehleinschätzungen, Mythen und Falschmeldungen bis heute fort. Dies betrifft den Vorgang selbst, also die Umstellung des Währungs-, Kredit-, Geld- und Münzwesens der DDR gemäß den Festlegungen im Staatsvertrag vom 18. Mai 1990,² als auch die Vorbedingungen dafür und die wirtschaftlichen Folgen dieses Prozesses.

Im Rückblick wird deutlich, dass die Währungsunion ein *monetärer* Vorgang von enormer *wirtschaftlicher* Tragweite war, der aber auf einer *politischen* Entscheidung beruhte. Zudem muss die Währungsunion als ein außerordentlich komplexer Vorgang, getragen von politischen Bestrebungen in Ost und West und eingebettet in die *Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion*, dem wirtschaftspolitischen Maßnahmenpaket zur Verwirklichung der deutschen Einheit, begriffen werden.

Das übergreifende Ziel der Währungsunion bestand darin, die deutsche Vereinigung gemäß Art. 23 des Grundgesetzes (GG) in Gang zu setzen und unumkehr-

1 Siehe Peter Bofinger/Norbert Kloten: The German Currency Union of 1990 – A Critical Assessment. The Impact on German Monetary Policy, in: Stephen F. Frowen/Jens Hölscher (Hrsg.): The German Currency Union of 1990, a critical assessment, Basingstoke u. a. 1997, S.203-221; Michael C. Burda: The Consequences of German Economic and Monetary Union. Center for Economic Policy Research, Discussion Paper No. 449, London 1990; Ulrich Busch: Die Währungsunion, in: Hannes Bahrman/Christoph Links (Hrsg.): Am Ziel vorbei. Die deutsche Einheit – Eine Zwischenbilanz, Berlin 2005, S.75-92; Dieter Grosser: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Geschichte der Deutschen Einheit, Bd. 2, Stuttgart 1998; Wilhelm Hankel: Die sieben Todsünden der Vereinigung. Wege aus dem Wirtschaftsdesaster, Berlin 1993; KfW (Hrsg.): Mit der D-Mark zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und zur deutschen Einheit. Eine Dokumentation, Berlin 1996; Manfred Streit: Die deutsche Währungsunion, in: Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948, hrsg. von der Deutschen Bundesbank, München 1998, S.675-719; Hans Jörg Thieme: Währungsunion in Deutschland: Konsequenzen für die Geldpolitik, in: Gernot Gutmann/Ulrich Wagner (Hrsg.): Ökonomische Erfolge und Mißerfolge der deutschen Vereinigung. Eine Zwischenbilanz, Stuttgart-Jena 1994, S.131-158.

2 Siehe Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. (im Folgenden: Staatsvertrag), in: Die Verträge zur Einheit Deutschlands, München 1990, S.1-24 (BGBl. II, S. 537).

bar zu machen und die DDR-Wirtschaft schnellstmöglich in das bundesdeutsche Wirtschaftsgefüge zu inkorporieren. Damit aber war sie streng genommen weder dem Sinne noch der Form nach eine „Währungsunion“, worunter man im Allgemeinen den „Zusammenschluss souveräner Staaten mit vorher unterschiedlichen Währungen zu einem einheitlichen Währungsgebiet“³ versteht, nicht aber den *währungspolitischen Anschluss* eines Staates als Vorbedingung für dessen Auflösung und territoriale Eingliederung in einen anderen Staat.

Die deutsch-deutsche Währungsunion hatte die Einbeziehung der DDR in den Geltungsbereich der D-Mark zum Ziel, also die Abschaffung der *Mark der DDR* als Währung der DDR und die Übernahme der *D-Mark*, der Währung der Bundesrepublik Deutschland, durch die DDR. Ferner die Übertragung der Wirtschaftsverfassung der Bundesrepublik Deutschland auf das Territorium der DDR, die Auslösung der marktwirtschaftlichen Transformation als Schocktherapie für die Volkswirtschaft der DDR und die Reduktion der ostdeutschen Geldbestände auf ein vermeintlich inflationsneutrales Maß. Sie bedeutete für die DDR, die Währungshoheit aufzugeben und die geldpolitische Verantwortung an die Deutsche Bundesbank abzutreten. Damit unterscheidet sich die deutsch-deutsche Währungsunion grundsätzlich von früheren Währungsunionen, zum Beispiel der Münzunion des Deutschen Zollvereins von 1857. Aber auch von der Europäischen Währungsunion, welche 1999 damit begann, dass zunächst in elf Staaten, inzwischen sind es 16, eine kollektive Währung eingeführt wurde, welche die nationalen Währungen ersetzte. Mit der Europäischen Zentralbank (EZB) übernahm eine supranationale Institution die Aufgaben der nationalen Notenbanken. Demgegenüber erscheint die deutsch-deutsche Währungsunion lediglich als ein Vehikel der deutschen Wiedervereinigung. Ungeachtet der gewählten Terminologie war sie so wenig eine Währungsunion wie die deutsche Vereinigung eine wirkliche Vereinigung souveräner Staaten war. Letzterer Vorgang wurde mit dem Begriff „Anschluss“ zutreffend beschrieben.⁴ Analog dazu lässt sich die Währungsunion als währungspolitischer Akt einer wirtschaftlichen Vereinnahmung und staatlichen Inkorporation begreifen. Dies entspricht auch dem historischen Werdegang und dem Reifeprozess des Wiedervereinigungskonzepts, in dem der währungspolitische Anschluss der DDR immer einen zentralen Platz einnahm.

Der 1. Juli 1990 als „Tag X“

Am Beginn des Vereinigungsprozesses stand die Einführung der D-Mark in der DDR. Geäußert wurde eine derartige Absicht zuerst von der SPD-Abgeordneten im Bundestag Ingrid Matthäus-Maier. Anfang Februar 1990 brachte dann Bun-

3 Vahlens Großes Wirtschaftslexikon, Bd. 4, München 1987, S.2023. Siehe auch Willi Albers u. a. (Hrsg.): Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 8, Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1980, S.546-548.

4 Siehe Jörg Roesler: Der Anschluss von Staaten in der modernen Geschichte, Frankfurt/Main 1999.

des Finanzminister Theo Waigel einen ähnlichen Vorschlag ins Gespräch. Am 6. Februar bot Bundeskanzler Helmut Kohl der DDR-Regierung offiziell Gespräche über eine „Währungsunion“ an. Er konnte sich dabei bereits auf eine „Vertragsskizze“ stützen, welche im Bundesfinanzministerium erarbeitet worden war. Die Vorarbeiten dafür reichten bis Dezember 1989 zurück.⁵ Teilweise fußten sie auf Vorüberlegungen und Planspielen, wie sie im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen bzw. für innerdeutsche Beziehungen und im Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands seit 1952 angestellt worden waren.⁶ Der Plan einer Währungsunion entschied nicht nur die Volkskammerwahl am 18. März 1990 zugunsten der von der Ost-CDU geführten „Allianz für Deutschland“. Die Währungsunion war auch der entscheidende Schritt bei der Überführung der staatssozialistischen Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft und für deren Integration in die bundesdeutsche Wirtschaftsordnung.

Die Währungsunion zum 1. Juli 1990 bedeutete die Vorwegnahme der deutschen Einheit auf wirtschaftlichem Gebiet. Und damit deren Unumkehrbarkeit, denn mit der Einführung der D-Mark in der DDR wurden Tatsachen geschaffen, welche die staatliche Vereinigung unabdingbar machten. Bezeichnenderweise sah die „Bild“-Zeitung in diesem Datum bereits Monate zuvor den „Tag X“, das mysteriöse Datum der Wiedervereinigung aus der Zeit des Kalten Krieges, nun endlich verwirklicht.⁷ Dem währungspolitischen Anschluss der DDR folgte am 3. Oktober mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland der staatliche Anschluss. Damit war die deutsche Einheit vollzogen. Deutschland existiert von nun an als wiedervereinigter europäischer Staat mit *einer* Eigentums- und Rechtsordnung, *einer* Wirtschaftsordnung, *einer* Sozialordnung und *einer* Währung, ist aber immer noch gespalten in *zwei* Teilgesellschaften mit unterschiedlich entwickelter Wirtschaftskraft, ungleichen Lebensbedingungen und einer verschiedenartigen Tradition.⁸ Unerreicht ist bis heute auch die *innere* Einheit, die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Angleichung der kulturellen Werte.⁹

Die D-Mark gehört zu den Gründungsmythen der westdeutschen Gesellschaft. Für viele Ostdeutsche verkörperte sie in den Jahren der Teilung die unerfüllte Sehnsucht nach westlichem Wohlstand, nach Freiheit, Reichtum und Glück. Ihre Vorreiterrolle im Prozess der Wiedervereinigung verlieh ihr daher in mehrfacher Hinsicht einen besonderen Stellenwert: *Erstens* wurde sie zum herausragenden Symbol der deutschen Einheit. Dieselbe Währung wie die Westdeutschen in den

5 Walter Romberg äußerte sich dazu in einem Interview im „Freitag“ am 30.6.2000.

6 Siehe Karl Heinz Roth: Anschließen, angleichen, abwickeln. Die westdeutschen Planungen zur Übernahme der DDR 1952-1990, Hamburg 2000.

7 Der Sonntag, an dem die D-Mark kommt, in: Bild, 29.3.1990, S.4.

8 Siehe Michael Brie: Die ostdeutsche Teilgesellschaft, in: Max Kaase/Günther Schmid (Hrsg.): Eine lernende Demokratie. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1999, S.201-236.

9 Siehe Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Handbuch Deutsche Einheit 1949-1989-1999, Bonn 1999, S.454-466.

Händen zu haben, erzeugte bei vielen Ostdeutschen die *Illusion* wirtschaftlicher und sozialer Gleichheit. Der mit der Währungsunion einsetzende „große Ostwestgeldtransfer“, schrieb Regina Mönch, „egalisierte eine bis dahin geteilte Gesellschaft“.¹⁰ In Wahrheit aber traten die Unterschiede erst jetzt richtig hervor, wurden quantifizierbar und daher in ihrer distinktiven Wirkung vollends begriffen.

Zweitens wurde die Währungsunion zum spezifischen Charakteristikum für den Umbruch in Ostdeutschland. Dieser hob sich dadurch vom Transformationsprozess in anderen postsozialistischen Ländern ab und schien ihm den Status eines „privilegierten Sonderfalls“ zu verleihen.¹¹ In Wirklichkeit handelte es sich aber lediglich um ein anderes Verlaufsmuster der Transformation, bei welchem die Wohlfahrtsgewinne größtenteils am Anfang standen, die Verluste an Arbeitsplätzen, sozialer Sicherheit, Lebensqualität usw. jedoch zeitverzögert auftraten. Im Unterschied zu Ostdeutschland hatten es andere Länder in den ersten Jahren des Umbruchs außerordentlich schwer, erlebten danach aber, unterstützt von der Europäischen Union, eine Periode steigender Wohlfahrtsgewinne und rascher Aufholerfolge. In Ostdeutschland dagegen erlahmt der wirtschaftliche Aufbau mehr und mehr, und der Aufholprozess stagniert seit Jahren.¹²

Drittens erschien die Währungsunion vielen als ein bloßer monetärer Akt ohne große Bedeutung für die reale Ökonomie. Dies erwies sich jedoch als Trugschluss, denn mit der Währungsumstellung erfolgte die entscheidende Weichenstellung für den gesamten Vereinigungsprozess und für den *Aufbau Ost*. Oftmals in falscher Richtung, wie noch zu zeigen sein wird.

Die Diskussion um die Währungsunion und ihre Folgen reißt nicht ab. Was von den einen als „Erfolg“ gewertet wird, erscheint anderen als „Katastrophe“. Indes geht manches, was diskutiert wird, an den Fakten vorbei und gehört ins Reich der Legende. So zum Beispiel die These von der „Alternativlosigkeit“ der getroffenen Entscheidung¹³ oder die Behauptung, die „Ostmark“ sei kaum etwas wert gewesen, ein bloßer „Alu-Chip“. Das gilt aber auch für die Mären von einem „Umtauschkurs 1:1“ und dem DM-Eintausch als vermeintlich „exzellentem Geschäft“ für die Ostdeutschen,¹⁴ von der D-Mark als „Geschenk des Wes-

10 Regina Mönch: Geldlos glücklich? Ein Nachruf auf die Ostmark, in: Kursbuch 130, Berlin 1997, S.21.

11 Siehe Helmut Wiesenthal: Die neuen Bundesländer als Sonderfall der Transformation in den Ländern Ostmitteleuropas, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 40/1996, S.46-54; Ders.: Die Transformation der DDR. Verfahren und Resultate, Gütersloh 1999.

12 Siehe Ulrich Busch/Wolfgang Kühn/Klaus Steinitz: Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit, Hamburg 2009.

13 Siehe Lutz Hoffmann: Warten auf den Aufschwung. Eine ostdeutsche Bilanz, Regensburg 1993, S.21-25; Jürgen Gros: Entscheidung ohne Alternativen? Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik im deutschen Vereinigungsprozess 1989/90, Mainz 1994; Hans-Werner Sinn: Ist Deutschland noch zu retten?, München 2005, S.234.

14 Siehe Uwe Müller: Supergau Deutsche Einheit, Berlin 2005, S.40.

tens“¹⁵ an den Osten, einem „solidarischen Opfer“ für die Einheit¹⁶ usw. Bei Lichte besehen handelt es sich hierbei um Versuche, eine unter Zeitdruck und als politischer Kompromiss zustande gekommene, in ihren Wirkungen und Folgen aber höchst problematische Entscheidung im Nachhinein als unvermeidlich und zum Vorteil für die Ostdeutschen hinzustellen. Um die fatale Wirkung der Währungsunion für die ostdeutsche Wirtschaft zu entschuldigen und die im Gefolge dieses Desasters für den Westen entstandenen Kosten zu rechtfertigen, wird dem Ganzen nachträglich der Nimbus einer solidarischen Geste angedichtet.

Die Entscheidung der Bundesregierung im Februar 1990, das bislang favorisierte Stufenkonzept der Vereinigung aufzugeben und die Inkorporation der DDR über eine Ausdehnung des Währungsgebietes in Angriff zu nehmen, folgte – neben wahltaktischen Motiven – einem wohlgedachten Kalkül. Dazu gab es im Bonner Kanzleramt und in den zuständigen Ministerien entsprechende Vorarbeiten und strategische Planungen.¹⁷ In dem Konzept hatten die Interessen der Industrie, der Banken, der Versicherungsbranche und der Handelskonzerne angemessene Berücksichtigung gefunden, sodass von einem Alleingang der Politik absolut keine Rede sein kann.¹⁸

Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, ihr Zustandekommen wie ihre konkrete Ausgestaltung sind Indiz dafür, dass bei der Wiedervereinigung die institutionelle Integration und die ordnungspolitische Gleichschaltung des Ostens gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Länder Vorrang hatten. Der Kollaps der ostdeutschen Produktion infolge der Einführung der D-Mark, der Zusammenbruch des Binnenmarktes und nachfolgend auch der Exportmärkte in Mittel- und Osteuropa und deren Übernahme durch westdeutsche Firmen, all das wurde von der Politik vorhergesehen und billigend in Kauf genommen. Ebenso die Deindustrialisierung Ostdeutschlands, die Verödung und

15 So behauptet zum Beispiel der ehemalige Treuhand-Manager Scherpenberg: „Wenn ich mir die Bilanz der Staatsbank der DDR anschau, hat der Umtauschkurs dazu geführt, daß wir den Sparern der DDR [...] etwa 100 Mrd. DM geschenkt haben, weil ihre Sparguthaben nicht werthaltig waren.“ Norman van Scherpenberg: Das Instrumentarium der Treuhand zur Privatisierung, in: Birgit Breuel/Michael C. Burda (Hrsg.): Die Treuhandanstalt 1990 bis 1994. Eine kritische Würdigung, Berlin 2005, S.45.

16 So spricht Wiesenthal in Bezug auf die Umstellung der Sparguthaben und die paritätische Einkommensumstellung von „an die DDR-Bevölkerung ausgereichten Gratifikationen“, durch welche „eine signifikante Verbesserung der Einkommens- und Vermögenssituation“ eingetreten sei. Wiesenthal, Die neuen Bundesländer, S.47.

17 Siehe Roth, Anschließen, S.81-88. Besonders sei hier auf einige, im Anhang abgedruckte Dokumente hingewiesen. So zum Beispiel auf das Modell einer „sofortigen Währungsvereinheitlichung mit Quotenverfahren und differenzierten Kursen“ vom 28.4.1953 (S.130f.).

18 Während DDR-Wirtschaftsexperten vor einer übereilten Währungsunion warnten (Siehe Neues Deutschland, 9.2.1990), drängten „Vertreter der bundesdeutschen Finanzwelt“ auf die rasche Einführung der D-Mark in der DDR – möglichst noch vor den Volkskammerwahlen am 18.3.1990. Auch bei der EG-Kommission bestanden gegen eine Ausweitung des Währungsgebietes „keinerlei Bedenken“ (Berliner Zeitung, 13.2.1990).

Entvölkerung ganzer Landstriche, die Massenarbeitslosigkeit und die Abhängigkeit des Ostens von Transferzahlungen.

Auf eine den wirtschaftlichen Umbau und gesellschaftlichen Wandel aktiv gestaltende Struktur- und Industriepolitik wurde dagegen bewusst verzichtet. Allein der Markt sollte es richten. Die Politik beschränkte sich darauf, die schlimmsten sozialen Folgen finanziell aufzufangen. Dieser Weg war teuer und langwierig, versprach der westdeutschen Wirtschaft jedoch maximale Umsatzsteigerungen, stabile Marktanteile und schnelle Gewinne. Im Osten, so wurde angekündigt, würde die rasche Währungsunion die Voraussetzungen für Investitionen und moderne Strukturen schaffen. Aber diese Rechnung ging in Vielem nicht auf.

Vor allem verfehlte der *Aufbau Ost* sein proklamiertes Ziel, in den neuen Ländern einen selbsttragenden Aufschwung zu generieren und Ostdeutschland zur dynamischsten Wirtschaftsregion Europas zu machen. Auch zwei Jahrzehnte nach der Währungsunion ist eine Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West nicht in Sicht. Ostdeutschland ist ökonomisch unterentwickelt und in weiten Teilen ohne Chance und Perspektive, es hängt finanziell „am Tropf“ des Westens und droht zum deutschen Mezzogiorno zu werden. Ein Befund, der erschrecken mag, aber kaum überrascht, denn im Rückblick wird deutlich, dass die entscheidenden Weichenstellungen hierfür bereits 1990 mit der Währungsunion erfolgt sind.¹⁹

Ausgangslage und wirtschaftliche Voraussetzungen

Als Helmut Kohl der Regierung der DDR am 6. Februar 1990 überraschend das Angebot einer Währungs- und Wirtschaftsunion unterbreitete, befand sich die DDR politisch und ökonomisch in einer tiefen Krise. Die Wirtschaft verlor dramatisch an Dynamik und zehrte in vielen Bereichen von der Substanz. Hinzu kam der Exodus Hunderttausender, die nach dem Fall der Mauer ihrer Heimat den Rücken kehrten. Mit der Eskalation der wirtschaftlichen Probleme wuchs die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit. Die Exporterlöse ließen sich kaum mehr steigern, ohne Importe aber war das Land nicht lebensfähig, und die Möglichkeiten, bei westlichen Banken neue Kredite zu erhalten, schrumpften sichtlich. Die Schulden in konvertierbarer Währung betragen zum 31. Dezember 1989 19,9 Mrd. VM.²⁰ Der Schuldendienst belastete die DDR-Wirtschaft zunehmend. Die Lage schien aussichtslos.²¹ Gleichwohl kann von einem wirtschaftlichen Kollaps

19 Siehe Ulrich Busch: *Am Tropf. Die ostdeutsche Transfergesellschaft*, Berlin 2002.

20 Deutsche Bundesbank: *Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989*. Frankfurt/Main 1999, S.59.

21 So stellten Gerhard Schürer u. a. am 28.9.1989 fest, dass bei dem „jetzt erreichten Niveau [...] der Verschuldung eine Unterschreitung der Exportziele unweigerlich die Zahlungsunfähigkeit bedeuten“ würde (Geheime Kommandosache b 5-111/89, S.4. Kopie des Dokuments im Besitz des Autors). Eine ähnliche Einschätzung der Lage findet sich in der „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen“ vom 30.10.1989, abgedruckt in: Siegfried Wenzel: *Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlußbilanz*, Berlin 2000, S.287-304.

oder „Staatsbankrott“, von einer „Pleite“ im strengen Sinne des Wortes, nicht gesprochen werden. Wirtschaft und Staat funktionierten noch. Selbst die Verbindlichkeiten im Ausland wurden pünktlich bedient.²² Die Frage war jedoch: Wie lange noch? Die Zukunftsaussichten waren düster. Das wusste man in Berlin wie in Bonn. Deshalb war Eile geboten. Die Verhandlungen über die Lösung der deutschen Frage standen – auch international – unter Zeitdruck.

Die wichtigste Frage, die es im Vorfeld der Währungsunion zu klären galt, war die Frage nach dem „Wert“ der Mark der DDR, nach dem Kursverhältnis zwischen DDR-Mark und D-Mark. Diese Frage war völlig offen,²³ da es zwischen den beiden deutschen Währungen keinen Wechselkurs gab. Dem innerdeutschen Handel und Zahlungsverkehr lag von 1948 bis 1990 lediglich ein im Frankfurter Abkommen vom 8. Oktober 1949 und im Berliner Abkommen vom 20. September 1951 bilateral vereinbartes Verrechnungsverhältnis von 1:1 zugrunde.²⁴ Dieses Verrechnungsverhältnis sagte über den „Wert“ der DDR-Mark aber genauso wenig aus wie die illegalen Sortenkurse, die in Westberliner Wechselstuben notiert wurden und die zwischen Oktober 1989 und Juni 1990 im Mittel zwischen 10,9 und 35,0 (DM je 100 DDR-Mark) schwankten.²⁵ Für eine verlässliche Kursbestimmung war dieser „Nebenmarkt“, der „die Vorstellungen eines wirklich freien Marktes in keiner Weise“ erfüllte, entschieden zu eng und „nicht hinreichend repräsentativ“. Zudem führte das absolute Verbot der Aus- und Einfuhr der DDR-Währung beim Tausch von vornherein zu „hohen Abschlägen“, wodurch die DDR-Mark im Verhältnis zu ihrer Binnenkaufkraft in den Wechselstuben stark unterbewertet wurde.²⁶

Einen funktionierenden Devisenmarkt mit aussagefähigen Wechselkursen gab es für die DDR-Mark nie. Der Außenhandel vollzog sich überwiegend im Rahmen bilateraler Vereinbarungen auf der Basis von Verrechnungseinheiten bzw. spe-

22 „Die DDR konnte bis zum letzten Tag ihrer ökonomischen Existenz, bis zur Währungsunion und der Umstellung auf die DM am 1.7.1990 selbst unter den seit einem dreiviertel Jahr andauernden Umbruchsbedingungen sowohl im Handel mit den ausländischen Partnern in Ost und West jede fällige Rechnung bezahlen als auch die Versorgung der Bevölkerung stabil gewährleisten.“ (Wenzel, Was war die DDR wert, S.12).

23 Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl erklärte in einem Interview zu der Frage, was die Mark der DDR heute eigentlich wert sei: „Diese Frage ist gar nicht so einfach zu beantworten. Es gibt ja keinen Wechselkurs zwischen DDR-Mark und D-Mark, jedenfalls keinen, der sich aus dem freien Markt ergibt.“ (Karl Otto Pöhl: Wir haben den gesetzlichen Auftrag, die D-Mark stabil zu halten, Interview, in: Die Welt, 10.4.1990, S.6.). Er erteilte damit all jenen eine klare Absage, die das interne Devisenumrechnungsverhältnis der DDR im Außenhandel mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet von 4,4 oder den Umtauschkurs für DDR-Mark an Westberliner Wechselstuben hier als Richtgröße ansetzen wollten.

24 Siehe Jochen Plassmann: Die Rolle der Deutschen Bundesbank im innerdeutschen Zahlungsverkehr, in: Fünfzig Jahre Deutsche Mark, S.655-674.

25 Siehe Deutsche Bundesbank: Die Währungsunion mit der DDR, in: Monatsberichte, 42 (1990) 7, S.14-29, hier S.24.

26 Ebenda, S.24f.

zieller Verrechnungswährungen wie dem Transferablen Rubel. Für den internen Ausweis der in konvertierbarer Währung getätigten Außenhandelsumsätze bediente man sich einer synthetischen Währungseinheit, der Valutamark (VM)²⁷ sowie spezieller Devisenertragskennziffern und Richtungskoeffizienten, um den Valutagegenwert in DDR-Mark zu berechnen. Der Umrechnungsfaktor für eine D-Mark betrug zuletzt 4,40. Dem entsprach eine Devisenertragskennziffer von 0,23. 1971 hatte diese Kennziffer noch 0,5 betragen, 1980 0,42, 1985 0,35 und 1986 0,28.²⁸

Aus diesen Daten lassen sich zwar bestimmte Rückschlüsse auf die Außenhandels- und Devisenrentabilität der DDR ziehen. Um ein Kursverhältnis handelte es sich dabei jedoch nicht. Zudem gilt es zu beachten, dass sich diese Kennziffern ausschließlich auf den Handel mit dem Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) bezogen, nicht aber auf den für die DDR mindestens ebenso wichtigen Handel mit den Ländern des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, nach der englischen Bezeichnung auch COMECON genannt). Ferner gilt, dass in der DDR, wie in anderen Ländern auch, der größte Teil des Bruttoinlandsprodukts nicht für den Export, sondern für den Binnenmarkt produziert wurde. Zudem bezog sich ein Großteil der Preise auf „nicht handelbare Güter“, insbesondere Dienstleistungen, sodass aus dem Währungsverhältnis im Außenhandel mit dem NSW keinesfalls unvermittelt auf den „Wert“ der DDR-Mark geschlossen werden kann. Viel mehr als durch den Außenwert wurde dieser „Wert“ durch die *Binnenkaufkraft des Geldes* bestimmt. Und diese lag – nach übereinstimmender Auffassung voneinander unabhängiger Experten – bis zuletzt signifikant *über* der der D-Mark.²⁹

Das Paradoxon, wonach die Binnenkaufkraft der DDR-Mark deutlich *über* und ihr „Außenwert“ deutlich *unter* dem der D-Mark lag, lässt sich mit der Unterbewertung der DDR-Mark im Außenhandel und der Preissetzung auf dem Binnenmarkt erklären. Erstere resultierte aus der relativ niedrigen Arbeitsproduktivität der DDR bei „handelbaren Gütern“, aber einer durchaus mit Westdeutschland vergleichbaren Produktivität bei „nicht handelbaren Gütern“. Letztere beruhte auch auf einer wachsenden Subventionierung des Grundverbrauchs, was komparative Rechnungen erschwerte. Infolge einer derartigen Konstellation kam es zwangsläufig zu einer Diskrepanz zwischen Kaufkraftparität und Wechselkurs (Außenwert). Dies lässt sich auch in anderen Volkswirtschaften beobachten. Im Falle der DDR schlug sich der Produktivitätsrückstand gegenüber der Bundesrepublik im Devisenertragskoeffizienten von zuletzt 0,23 nieder. Binnenwirtschaft-

27 Die Valutamark war die dem Währungskurs entsprechende einheitliche Ausdrucksform ausländischer Währungen in Mark der DDR. Für die Umrechnung galt 1 VM = 1 D-Mark. Siehe Armin Volze: Die gespaltene Valutamark, in: Deutschland Archiv, 32 (1999) 2, S.232-241.

28 Siehe Gerlinde Sinn/Hans-Werner Sinn: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, 2. Auflage, Tübingen 1992, S.61.

29 Siehe dazu die Übersicht in: ebenda, S.55.

lich jedoch sorgten Subventionen und ein verhältnismäßig niedriges Preisniveau dafür, dass die Kaufkraft der DDR-Mark vergleichsweise hoch war.

Hinzu kam, dass die beiden deutschen Währungen *qualitativ* grundverschieden waren, ordnungspolitisch also kein gleichwertiges Geld verkörperten.³⁰ Dies geht auf die Verschiedenheit beider Wirtschaftsordnungen zurück und schließt jeden direkten quantifizierenden Vergleich, wie ihn ein marktbestimmter Wechselkurs voraussetzt, aus. Darüber hinaus implizierte die Verschiedenartigkeit beider Währungen nicht nur voneinander abweichende Bestimmungen hinsichtlich Funktionalität, Stabilität, sozialen Stellenwerts usw., sondern auch spezifische Eigenschaften, die für die Bewertung des Geldes in der Öffentlichkeit, für dessen Reputation, ausschlaggebend waren. Hierzu zählten die freie Konvertibilität der D-Mark, im Unterschied zur Nichtkonvertibilität der DDR-Mark, der jeweilige Außenwert, ablesbar im (offiziellen oder eben illegalen) Umtauschkurs der jeweiligen Währung und deren Reputation im Ausland als „Weltwährung“ oder „Binnenwährung“. Ferner die im Austausch jeweils dafür erhältliche Produktpalette, die im Falle der D-Mark faktisch das Güterangebot der gesamten Welt umfasste, im Falle der DDR-Mark aber auf den Binnenmarkt der DDR bzw. die Märkte der RGW-Länder beschränkt war.³¹

Schließlich waren für die Wertbestimmung des Geldes die Kaufkraftunterschiede auf den Binnenmärkten und, daraus abgeleitet, die Kaufkraftrelationen zwischen beiden Währungen zu berücksichtigen. Entsprechende komparative Berechnungen zeigten, dass die DDR-Mark hier, bezogen auf den Standardverbrauch ostdeutscher privater Haushalte, besser abschnitt als die D-Mark. Dies galt insbesondere für Haushalte mit Kindern und von Rentnern, bei denen die DDR-Mark eine bis zu 50 Prozent höhere Kaufkraft aufwies als die D-Mark. Übrigens auch eine größere Stabilität. Bezogen auf die Verbrauchsstrukturen westdeutscher Haushalte war die Differenz jedoch geringer oder sogar negativ, sodass der Kaufkraftvorteil der DDR-Mark stark *verbrauchsabhängig* war. Mithin war klar: Bei einer Änderung des Verbrauchsverhaltens, wovon im Ergebnis der Währungsunion und der Anpassung der Preisstruktur in der DDR auszugehen war, würde sich der Kaufkraftvorteil rasch verlieren.³²

Zum Zwecke der Begründung eines „nutzenadäquaten Umtauschverhältnisses“ ermittelte das Statistische Bundesamt im Vorfeld der Währungsunion auf der Grundlage eines gekreuzten Warenkorbes für die DDR-Mark einen Wert von

30 Theoretisch lässt sich die qualitative Verschiedenheit des Geldes bis zur Leugnung jeglicher Geldqualität der Münzen und Banknoten im Staatssozialismus treiben. Siehe dazu Gunnar Heinsohn/Otto Steiger: Eigentum, Zins und Geld. Ungelöste Rätsel der Wirtschaftswissenschaft, Marburg 2002, S.296f.

31 Hinzu kamen Aus- und Einfuhrbeschränkungen sowie Kontingentierungen und Limitierungen im Reisezahlungsverkehr, welche die ohnehin stark eingeschränkte Umtauschbarkeit der DDR-Mark zusätzlich begrenzten.

32 Siehe Ulrich Busch: Preise und Einkommen in Ostdeutschland. in: Berliner Debatte Initial, 16 (2005) 5, S.73-92.

1,08 DM.³³ Hätte man bei der Festlegung der Umstellungssätze diese Größe zum generellen Maßstab genommen, so wären die Einkommen *und* die Geldvermögen der DDR-Bürger im Verhältnis 1:1 umgestellt worden. Dies hätte zweifellos der realen Kaufkraftrelation besser entsprochen als die praktizierte Regelung, die für die Geldvermögen einen Umstellungssatz von grundsätzlich 2:1 vorsah³⁴ und mit einem Vermögensverlust für die DDR-Bevölkerung verbunden war. Andere Aspekte wären dabei jedoch unberücksichtigt geblieben: So waren neben den Geldbeständen auch die Kredite umzustellen. Und „eine Umstellung aller Schuldverhältnisse 1:1“ konnte „die DDR mit Sicherheit nicht verkraften“.³⁵ Bei den Krediten war also durchaus eine Abwertung wünschenswert, um den ohnehin kaum wettbewerbsfähigen Unternehmen den Start in die Marktwirtschaft zu erleichtern. Diskutiert wurde daher eine asymmetrische Umstellung von Forderungen (1:1) und Verbindlichkeiten (2:1 bzw. 4:1), bei welcher der Staat den Ausgleich (von 80 bzw. 150 Mrd. DM) hätte finanzieren müssen. Um ein solches Modell durchzusetzen, fehlte es jedoch an der erforderlichen Einsicht und Bereitschaft zur Solidarität. Umgesetzt wurde ein politischer Kompromiss, bei dem letztlich *alle* verloren bis auf die westdeutsche Wirtschaft, welche einen „konjunkturellen Impuls“ erhielt und einen wirtschaftlichen „Boom“ verzeichnete, der zu einem „höheren Wachstum“ und einer „Zunahme der Auslastung des Produktionspotenzials“ führte, wie sie bis dahin noch niemals beobachtet worden waren.³⁶ Hauptverlierer aber waren die ostdeutschen Unternehmen und im Gefolge dessen die ostdeutschen Lohnabhängigen.³⁷

Verlauf und Resultate der Währungsunion

Die Modalitäten der Währungsunion wurden im „Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR (Staatsvertrag) am 18. Mai 1990 einvernehmlich geregelt.³⁸ Danach bildeten die beiden deutschen Staaten vom 1. Juli 1990 an ein Gebilde mit einem einheitlichen Währungsgebiet und mit der D-Mark als ge-

33 Siehe Statistisches Bundesamt: Zahlen, Fakten, Trends: Extra 9/1990-2.

34 Siehe Art. 10 (5), Staatsvertrag, S.5.

35 Pöhl, Wir haben den gesetzlichen Auftrag.

36 Otmär Issing: Gesamtwirtschaftliche Folgen des deutschen Einigungsprozesses. Vortrag auf dem Zermatter Symposium am 8. August 1993 in Zermatt, in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln (Frankfurt/Main), 2003, Nr. 55, S.2.

37 Rüdiger Pöhl, damals Mitglied des Sachverständigenrates, hat diese Wirkung vorhergesehen und beschrieben: „Mit dem Tag X wird nicht nur die D-Mark in der DDR in Umlauf gebracht. Währungsunion heißt vor allem, daß sämtliche Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Handel wegfallen. Die DDR-Unternehmen werden schlagartig der internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Hochproduktive westliche Unternehmen, die schon viele Märkte erobert haben, drängen dann auf den DDR-Markt. Unter dem Druck des Wettbewerbs werden nicht wenige DDR-Unternehmen ihre Pforten schließen.“ (Berliner Zeitung, 20.4.1990).

38 Siehe Anm. 2.

meinsamer Währung. Als Notenbank für den gesamten Währungsraum fungierte von nun an die Deutsche Bundesbank. Dieser oblag es auch, die organisatorischen und technischen Aufgaben der Währungsumstellung vorzunehmen. Da die Einführung der D-Mark in der DDR ausschließlich über Konten abgewickelt wurde, mussten innerhalb kürzester Frist 24,7 Millionen Konten umgestellt und den Inhabern entsprechende Verfügungsmöglichkeiten über Bargeld eingeräumt werden. Dazu war es erforderlich, Banknoten und Münzen im Gesamtwert von 28 Mrd. DM in die neuen Bundesländer zu transportieren und in den Geldinstituten bereitzustellen. Für die Durchführung des unbaren Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs waren aufwendige technische Veränderungen im Bankensystem vorzunehmen. Diese waren im Wesentlichen bis Ende 1990 abgeschlossen.³⁹ Die Umstellung der Währung erfolgte differenziert nach Strom- und Bestandsgrößen. Während alle laufenden Transaktionen, also Löhne, Gehälter, Stipendien, Renten, Mieten und Pachten sowie weitere wiederkehrende Zahlungen, im Verhältnis 1:1 umgestellt wurden, erfolgte die Umstellung der Vermögens- und Schuldverhältnisse grundsätzlich im Verhältnis 2:1. Davon ausgenommen waren lediglich Bankeinlagen natürlicher Personen von bis zu 2.000, 4.000 bzw. 6.000 Mark. Diese wurden nach Altersgruppen gestaffelt 1:1 umgestellt. Für Guthaben von Ausländern galt ein Umstellungssatz von 3:1.⁴⁰

Dies bedeutete, dass die Verbindlichkeiten des Staates, der Betriebe, der Wohnungsbaugesellschaften usw., aber auch private Kredite durch die Währungsumstellung nominell halbiert wurden. Ebenso geschah es mit Forderungen von Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen. Die Guthaben der Bevölkerung dagegen wurden im Mittel zu einem Satz von 1,5:1 umgestellt. Die sich durch die asymmetrische Bilanzumstellung ergebende Lücke auf der Aktivseite wurde mittels eines bilanziellen Ausgleichspostens in Höhe von 26,4 Mrd. DM zu Lasten des Bundes geschlossen. Dieser Posten ging später in den Erblastentilgungsfonds ein. Insgesamt erfolgte durch die Währungsumstellung eine Verkürzung der Geld- und Kreditbilanz der DDR von 446,6 Mrd. Mark auf 246,0 Mrd. DM.⁴¹ Die Geldvermögen der privaten Haushalte reduzierten sich von 193,4 Mrd. Mark auf 129,1 Mrd. DM. Zum Ausgleich für den der Bevölkerung hierdurch entstandenen Umtauschverlust in Höhe von 64,3 Mrd. Mark sollte den Sparern laut Staatsvertrag „ein verbrieftes Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen“ eingeräumt werden.⁴² Diese Klausel findet sich auch im Einigungsvertrag vom 31. August 1990.⁴³ Unter Verweis auf die Bilanz der Treuhandanstalt, wel-

39 Siehe Deutsche Bundesbank: Technische und organisatorische Aspekte der Währungsunion mit der Deutschen Demokratischen Republik, in: Monatsberichte, 42 (1990) 10, S.25-32.

40 Siehe Deutsche Bundesbank: Modalitäten der Währungsumstellung in der DDR zum 1. Juli 1990, in: Monatsberichte, 42 (1990) 6, S.42-50.

41 Siehe Deutsche Bundesbank, Währungsunion, S.26.

42 Staatsvertrag, Art. 10.6.

43 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31.8.1990, Art. 25,6, in: BGBl. II, S.889.

che ihr aktives Geschäft 1994 mit einem Defizit von 270 Mrd. DM beendete, wurde sie aber *nicht*, auch nicht partiell, umgesetzt.⁴⁴

Die Festlegung der Umstellungssätze basierte auf einer politischen Entscheidung. Dabei hatte sich die DDR bei den Löhnen, Renten und anderen Stromgrößen mit ihrer Forderung nach einem Kurs von 1:1 durchgesetzt. Bei der Umstellung der Bestandsgrößen folgte die Regelung weitestgehend den Vorstellungen der Deutschen Bundesbank, welche auf einem Umstellungssatz von 2:1 bestanden hatte.⁴⁵ Bei der Begründung ihrer Position hatte die Bundesbank vor allem die Stabilität der Währung im Auge, weshalb sie eine sich strikt am Wirtschaftspotenzial der DDR orientierende Begrenzung der Geldmenge anstrebte. Dabei saß sie jedoch merkwürdigerweise dem Trugschluss auf, alles Geld auf den Konten in der DDR sei als Liquidität anzusehen. Folglich rechnete sie die Geldbestände auf den Spargirokonten als täglich verfügbares Geld *in summa* der Geldmenge M1 zu. De facto handelte es sich hierbei aber überwiegend um *langfristig* angelegte Spargelder im Sinne von M3 bzw. sogar um Geldkapital, welches nicht zum liquiden Geldvolumen zählte, da es nicht sofort kaufkraftwirksam wurde.⁴⁶ Die Berücksichtigung dieser eigentlich plausiblen Tatsache hätte es erlaubt, einen größeren Teil der Spareinlagen 1:1 umzustellen, so wie es auch die meisten Experten gefordert hatten.⁴⁷ Es hätte dazu lediglich bedurft, bestimmte Geldbestände als Termineinlagen oder Spareinlagen mit längeren Kündigungsfristen zeitweilig festzulegen. Dazu aber war die Deutsche Bundesbank nicht bereit. Auch die Inflationsängste der Bundesbank entbehrten geldwirtschaftlich jeglicher Grundlage und erwiesen sich deshalb letztlich als irreal. Es kam weder zu dem befürchteten „Kaufrausch“ noch zu einem dramatischen inflationären Preisanstieg in Deutschland infolge einer gestiegenen Nachfrage in Ostdeutschland. Vielmehr wandelten die ostdeutschen Haushalte ihre Spareinlagen sukzessive in längerfristige Geld- und Kapitalanlagen um, sodass sich die Geldmenge schon bald auf ein vertretbares Maß reduzierte. Der zulasten der ostdeutschen Sparer

44 Siehe Ulrich Busch: Argumente für einen fast vergessenen Passus des Einigungsvertrages, in: UTOPIE kreativ, 1994, Nr. 43/44 (Mai/Juni), S.122-138.

45 Die DDR hatte für Spareinlagen der Bevölkerung einen Umstellungssatz von 1:1 gefordert. Sie fand hierin Unterstützung bei Wirtschaftsforschern und der Staatsbank der DDR. Siehe taz, 5.4.1990.

46 In der Abgrenzung der Bundesbank umfasste M1 Bargeld und Sichteinlagen, M2 zudem Termineinlagen mit einer Befristung bis unter vier Jahren und M3 zusätzlich Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist. Geldkapital in Form von Anleihen, Obligationen, Sparbriefen usw. wurde dagegen nicht zur Geldmenge gerechnet.

47 Siehe zum Beispiel das Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, worin gefordert wird, dass „die Sparguthaben grundsätzlich im Verhältnis 1:1 umgestellt werden“. Jeder andere Umstellungssatz „käme einer Enteignung mit einer erheblichen Vermögensseinbuße für die Bevölkerung gleich“ und wäre deshalb „für die Bevölkerung der DDR völlig unakzeptabel“ (Sozialverträgliche Ausgestaltung der deutsch-deutschen Währungsunion. Gutachten. Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Institut der deutschen Wirtschaft Nr. 179, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln 1990, S.21f.)

vorgenommene „Währungsschnitt“ erwies sich damit im Rückblick als nicht hinreichend begründet.

Durch die Währungsunion mit der DDR hatte sich der DM-Geldumlauf um 180 Mrd. DM erhöht, was 14,7 Prozent der westdeutschen Geldmenge entsprach. Zwölf Monate später waren dies bloß noch 11,5 Prozent, was bereits etwa dem ostdeutschen Produktionspotenzial vom 1. Halbjahr 1990 entsprach.⁴⁸ Die Zunahme der Geldmenge erwies sich damit als ein temporäres und durchaus beherrschbares Phänomen. Die Deutsche Bundesbank stellte später fest, dass sich für die Sicherung der Geldwertstabilität zu keinem Zeitpunkt „ernsthafte Probleme“ ergeben hätten.⁴⁹ Der Umtauschverlust der ostdeutschen Bevölkerung hingegen ist ebenso eine bleibende Tatsache wie das daraus resultierende Missverhältnis bei der Vermögensverteilung. Dieses Faktum belastet die deutsche Einheit schwer und ist mitverantwortlich dafür, dass es den ostdeutschen Gründern, Selbstständigen und Kleinunternehmern bis heute chronisch an Eigenkapital mangelt.

Wirkungen und Folgen

Mit der Währungsunion wurden mehrere untereinander konkurrierende Zielstellungen verfolgt. Das *unmittelbare* Ziel bestand darin, über die Ausdehnung des Währungsgebietes für die westdeutschen Unternehmen den Markt der DDR zu öffnen und durch das Umsatzplus dem drohenden Konjunkturabschwung 1990/91 entgegenzuwirken. *Übereifendes* Ziel war jedoch, mit der Einführung der D-Mark als Kohärenz stiftendem Element im Wirtschaftsprozess den entscheidenden Schritt in Richtung deutsche Einheit und marktwirtschaftliche Transformation zu gehen. Beide Prozesse, die Wiedervereinigung wie der marktwirtschaftliche Umbau der ostdeutschen Wirtschaft, wurden durch die Währungsunion unwiderruflich und unumkehrbar. Durch den Verzicht der DDR auf die Währungshoheit und die bedingungslose Preisgabe des Binnenmarktes wurde faktisch der Anschluss an die Bundesrepublik auf wirtschaftlichem Gebiet vollzogen. Die politische Vereinigung war jetzt nur noch eine Formsache. Zum Beitritt nach Artikel 23 GG (alte Fassung) gab es nach dem 1. Juli 1990 keine Alternative mehr. Zugleich aber war die Währungsunion Kernstück der Transformation und als solche „Teil der Schocktherapie“, welcher die Wirtschaft der neuen Länder in den Folgejahren unterzogen wurde.⁵⁰ Die marktwirtschaftliche Transformation, aber auch die Integration der ostdeutschen Wirtschaft in die Wirtschaftsordnung und -struktur der Bundesrepublik, nahmen hier ihren Anfang. Die Treuhandanstalt schließlic

48 Die Rechnung fällt allerdings etwas anders aus, wenn man das durch den Crash 1990/91 um mehr als ein Drittel reduzierte Produktionspotenzial Ostdeutschlands als Referenzgröße zugrunde legt. Danach hätte die Geldmengenexpansion dann nur noch etwa sieben Prozent betragen dürfen, um inflationsneutral zu sein. (Siehe Thieme, Währungsunion S.149).

49 Streit, Deutsche Währungsunion, S.701.

50 Ebenda, S.690f.

und Allokationsentscheidungen auf ihre Weise nur, was mit der Währungsunion begonnen worden war. Daneben aber wurden noch andere Ziele verfolgt:

Erstens die Ausstattung der Bevölkerung mit Liquidität, um den Güterabsatz zu sichern und den Menschen in den neuen Bundesländern einen angemessenen Konsum- und Lebensstandard zu ermöglichen. Eine inflationäre Entwertung aller Geldvermögen und Besitzstände wie in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern hätte das unmittelbare Ziel obsolet werden lassen und die übergreifende Zielstellung zumindest gefährdet.

Zweitens die zumindest teilweise Entschuldung des Staates und der Wirtschaft, um den ostdeutschen Ländern und Kommunen, vor allem aber den Unternehmen, den Start in die Marktwirtschaft zu erleichtern. Dieser Vorsatz wurde nur „halb“ erreicht und in der Folge gleich durch mehrere Regelungen konterkariert, insbesondere durch die Altschuldenregelung und durch das Restitutionsprinzip.⁵¹

Und *drittens* sollte der Geldüberhang an DDR-Mark beseitigt werden, um die Stabilität der D-Mark durch die Währungsunion nicht zu gefährden und für Unternehmen wie Haushalte eine strenge Budgetrestriktion herbeizuführen.⁵²

Die beiden zuerst genannten Ziele wurden im Prinzip durch die asymmetrische Umstellung aller Forderungen und Verbindlichkeiten realisiert. Im Ergebnis verlor die Bevölkerung bei dieser Transaktion jedoch rund ein Drittel ihres Geldvermögens und die Betriebe und Wohnungsbaugesellschaften wurden mit einem Schuldenberg von 167,1 Mrd. DM belastet. Dabei war es mehr als strittig, ob es sich bei den Krediten der Staatsbank der DDR an die volkseigene Wirtschaft überhaupt um Kredite im marktwirtschaftlichen Sinne gehandelt hatte. Nicht wenige Experten bestritten dies vehement.⁵³ Auf jeden Fall trug die praktizierte Verfahrensweise dazu bei, ostdeutsche Unternehmen in den Ruin zu treiben, da diese vielfach nicht in der Lage waren, die nunmehr marktlich verzinsten Altkredite zu bedienen. Gleichzeitig bewirkten die Umstellung der Löhne im Verhältnis 1:1 und die rasche Anhebung des Tariflohniveaus für die Unternehmen einen Kostendruck, auf welchen sie nur mit Entlassungen und Produktions-

51 Siehe hierzu Thomas G. Betz: Die Eigentumsfrage. Das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“, in: Bahrmann/Links, Am Ziel vorbei, S.107-123; Fritz Vilmar (Hrsg.): Zehn Jahre Vereinigungspolitik. Kritische Bilanz und humane Alternativen, Berlin 2000.

52 Trotz fehlender empirischer Belege ging man in der Bundesrepublik vielfach davon aus, dass in der DDR wie in den realsozialistischen Ländern überhaupt ein „immenser Geldüberhang“ existiere, der, würde er nicht beseitigt, „große Inflationsgefahren“ in sich berge (Dirk Wentzel: Die Transformation der Währungsordnung in der DDR, in: Karl Eckart/Jens Hacker/Siegfried Mampel (Hrsg.): Wiedervereinigung Deutschlands. Festschrift zum 20jährigen Bestehen der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Berlin 1998, S.521-536, hier S.530.

53 Siehe dazu die einschlägigen Arbeiten von Karl-Albrecht Schachtschneider, Harry Nick, Rupert Scholz, Klaus Leciejewski, Reinhard Pohl u. a. sowie die Recherche von Ilona Wiesejahn: Der doppelte Skandal. Das Milliardengeschäft mit erfundenen DDR-Schulden und einkassierten Banken, Berlin 2001.

einschränkungen reagieren konnten. Beides wirkte sich volkswirtschaftlich für Ostdeutschland katastrophal aus.

Das dritte Ziel beruhte auf einer Fiktion, da der Geldüberhang in der DDR im Unterschied zu anderen postsozialistischen Ländern nur von verhältnismäßig geringem Umfang war. Nach Berechnungen des Finanzministeriums und der Staatsbank der DDR betrug er etwa 15 Prozent der Geldbestände.⁵⁴ Andere Schätzungen gingen von einer ähnlichen Größenordnung aus,⁵⁵ die auch von westdeutschen Experten geteilt wurde.⁵⁶ Allein durch die nichtparitätische Umstellung der Spargirokonten wurden aber 33 Prozent der privaten Geldbestände liquidiert. Insgesamt belief sich die Kürzung der Geld- und Kreditbilanz durch die Währungsumstellung auf 45 Prozent des Geldvolumens. Die Fehlinterpretation der Spargirokonten als eine der Geldmenge M1 zuzurechnende Größe und die Überzeichnung des inflationären Potenzials der DDR hatten die Hüter der Geldwertstabilität in Frankfurt am Main offensichtlich zu einer Überreaktion veranlasst. Möglicherweise aber rechneten sie auch von vornherein nicht mit einem Aufschwung im Osten, sondern mit einem wirtschaftlichen Fiasko und schneiderten deshalb den „Geldmantel“ entsprechend eng, passgerecht für ein deutlich geschrumpftes Wirtschaftspotenzial.

Die ökonomischen Wirkungen der Währungsunion waren zwiespältig: Für die Bevölkerung sind sie differenziert zu beurteilen, für die ostdeutsche Wirtschaft waren sie verheerend. Die Wirtschaftsleistung ging, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, innerhalb weniger Monate um mehr als ein Drittel zurück, die Industrieproduktion sank um zwei Drittel. Noch nie ist in Friedenszeiten ein solches Ausmaß an wirtschaftlicher Zerstörung registriert worden.

Die Auswirkungen sind bis in die Gegenwart zu spüren und werden noch lange auf der wirtschaftlichen Landkarte Deutschlands zu sehen sein. Sie lassen sich jedoch kaum mehr isoliert behandeln, da sie inzwischen durch andere Prozesse überlagert wurden. Erst im Kontext mit der Lohnpolitik der Tarifparteien, der Tabula-rasa-Politik der Treuhandanstalt und der Sozialpolitik des Staates wird der Charakter der Währungsunion als Auftakt im Vereinigungsprozess und Signal für eine falsche ökonomische Weichenstellung erkennbar.

Ein Großteil der Bevölkerung sieht dies weniger kritisch. Offensichtlich wirkt hier immer noch der D-Mark-Mythos nach. Auch war für viele die paritätische Umstellung der Löhne, Renten usw. von größerer Bedeutung als die Abwertung der Ersparnisse. Obwohl bei den Einkommen ein Verlust an Kaufkraft eintrat, werteten viele DDR-Bürger angesichts der ungewohnten Angebotsfülle und der

54 Zit. nach: Streit, Deutsche Währungsunion, S.679.

55 Siehe Karlheinz Tannert u. a.: Geld, Kredit, Finanzen aus neuer Sicht, Berlin 1990. Dort wird von einem Geldüberhang von 30 bis 60 Mrd. Mark gesprochen (S.11).

56 So stellte das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft in einem Gutachten fest, dass das von der DDR gezeichnete „vergleichsweise harmlose Bild“ eines Geldüberhangs von „15 bis 20 Prozent der gesamten Geldbestände“, das „von westlichen Experten nicht in Zweifel gezogen“ werde, „keinen Währungsschnitt“ rechtfertige (Sozialverträgliche Ausgestaltung, S.19).

Konsumfreiheit die Währungsumstellung als „Gewinn“. Diese Auffassung wurde noch dadurch verstärkt, dass die D-Mark in den ersten Monaten nach der Währungsunion in den neuen Bundesländern eine höhere Kaufkraft besaß als im Westen, da Mieten, Pachten, Tarife und Gebühren nicht sofort an das Westniveau angepasst wurden und Subventionen noch eine Zeitlang bestehen blieben. Dies änderte sich dann aber rasch: 1991 stiegen die Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland um 26,5 Prozent.⁵⁷ Insgesamt erhöhten sich die Konsumgüterpreise zwischen 1990 und 2001 hier sehr viel schneller als in Westdeutschland, nämlich um 70,2 Prozent gegenüber 27,7 Prozent.⁵⁸ Der anfängliche Kaufkraftvorteil „Ost“ schmolz rasch dahin, und die Einkommenserhöhungen wurden durch Preiserhöhungen zu einem Gutteil wettgemacht. 1995 stellte Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer fest, dass die *realen* Einkommen im Ergebnis der Währungsunion „in den meisten Fällen erhalten oder sogar angehoben werden konnten“.⁵⁹ Dies schloss für einige Personengruppen (Alleinerziehende, Arbeitslose) durchaus Realeinkommensverluste ein.

Ungünstiger als auf die Einkommen wirkte sich die Währungsunion auf die Vermögen der privaten Haushalte aus.⁶⁰ Dies betraf zuvörderst die *Geldvermögen*, bei denen es durch den Währungsschnitt zu einem Verlust von 64,3 Mrd. Mark und durch den nachfolgenden Anstieg des Preisniveaus darüber hinaus zu einem beträchtlichen Abwertungsverlust kam.⁶¹ Betroffen war hiervon vor allem der Mittelstand, da bei Handwerkern, Geschäftsinhabern, Ärzten, Architekten, Rechtsanwälten und sonstigen Selbstständigen der größte Teil der Geldvermögen konzentriert war.⁶²

Neben den Geldvermögen waren aber auch *Sachvermögen* in Form von Gebrauchsgütern einer spürbaren Entwertung unterworfen. Diese betraf zuerst

57 November 1991, bei Zugrundelegung der Verbrauchsstruktur von 1989 (Deutsche Bundesbank: Monatsberichte, 44 (1992) 2, S.37).

58 Berechnet nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 17, Reihe 7, Wiesbaden 2002, S.136-139.

59 Hans Tietmeyer: Es gab zur Währungsunion keine realistische Alternative, in: Pressemitteilungen der Deutschen Bundesbank Nr. 48/1995, Nr. 48, S.1.

60 Siehe Ulrich Busch: Der reiche Westen und der arme Osten – Vermögensdifferenzierung in Deutschland, in: Jürgen Backhaus/Günter Krause (Hrsg.): Zur politischen Ökonomie der Transformation, Marburg 1997, S.9-50.

61 Diverse Gutachter, wie zum Beispiel der Leiter des IW Köln, Gerhard Fels, sahen hierin „eine unzumutbare Entwertung“ der ohnehin nicht hohen Ersparnisse der DDR-Bevölkerung (Handelsblatt, 12.3.1990). Ähnlich urteilte der Kronberger Kreis renommierter Wirtschaftswissenschaftler (siehe Frankfurter Institut: Argumente zur Wirtschaftspolitik, Nr. 30/Februar 1990).

62 Analysen zufolge wiesen die Konten von Einzelhandwerkern und anderen Selbständigen im Durchschnitt den mehr als dreifachen Bestand auf als Konten von Arbeitern und Angestellten. Insgesamt befanden sich 1989 etwa 60 Prozent des gesamten Einlagenbestandes auf zehn Prozent der Sparkonten (siehe Jürgen Faik: Die Verteilung und Bildung der Geldvermögen in Ostdeutschland seit 1990, in: Wolfgang Glatzer/Gerhart Kleinhenz (Hrsg.): Wohlstand für alle?, Opladen 1997, S.208f.).

Güter, die den westlichen Importen *absolut*, im technischen Niveau und in der Leistung, unterlegen waren wie zum Beispiel Computer, Unterhaltungselektronik und Pkws. Diese Güter verkörperten infolge ihrer überhöhten Preise in der DDR wertmäßig einen hohen Anteil am Gesamtvermögen der privaten Haushalte. Durch die Währungsunion fielen sie dramatisch im Preis. Der zweite Devaluationsschub erfasste Güter, die sich von vergleichbaren westlichen Produkten kaum unterschieden, dort aber erheblich günstiger produziert oder importiert wurden: Möbel, Schuhe, Textilien, Teppiche, Haushaltstechnik. Ihr Schicksal besiegelte der Markt, indem die Käufer nunmehr westliche Erzeugnisse präferierten. Schließlich wurden solche Güter entwertet, die als Gebrauchswerte westlichen Erzeugnissen durchaus ebenbürtig und zudem häufig auch noch billiger als im Westen waren, denen aber das Stigma „made in GDR“ anhaftete. Hierunter fielen Bücher, Bilder, Tonträger, Spielwaren, Medikamente. Zuletzt erfasste der Entwertungsprozess jene Güter, für die es aufgrund des Zusammenbruchs der Produktions- und Lieferketten keine Ersatzteile oder Komplementärgüter mehr gab. Dadurch verkörperte binnen weniger Monate das gesamte, über Jahrzehnte akkumulierte Verbrauchsvermögen der privaten Haushalte nur noch einen Bruchteil seines einstigen Wertes. Ganze Wohnungseinrichtungen besaßen von heute auf morgen keinen positiven Marktwert mehr.

Die einzige Vermögensart, die von der allgemeinen Entwertung verschont blieb, war das *Immobilienvermögen*. Hier vollzog sich im Regelfall sogar eine beträchtliche Aufwertung, sodass die Eigentümer von ostdeutschen Immobilien ihre Position im Ergebnis der Währungsunion verbesserten. Sie sind eindeutig Gewinner des Vereinigungsprozesses. Im Unterschied zum Geld- und Sachvermögen, bei denen die Verteilung infolge der Währungsunion egalitärer wurde, vergrößerte sich beim Immobilienvermögen die Differenzierung. Dieser Effekt verstärkte noch die Umstellung der auf den Immobilien lastenden Schulden im Verhältnis 2:1, wodurch diese halbiert wurden. Das machte die Eigentümer entsprechender Objekte gegenüber den Sparern quasi zu Doppelgewinnern.⁶³ Inzwischen hat sich dieser Effekt jedoch relativiert. Wie eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung von 2009 zeigt,⁶⁴ haben sich im letzten Jahrzehnt aber die „Vermögensunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland vergrößert“. Von den rund 6,6 Billionen Euro Nettovermögen der privaten Haushalte entfiel 2007 ein geringerer Teil auf ostdeutsche Haushalte als noch 2002. Selbst der absolute Wert ostdeutscher Vermögen nahm ab. Entscheidend trug dazu die Marktwertentwicklung bei Immobilien bei. Diese verlief im letzten Jahrzehnt im Osten, abweichend von der Preisdynamik im Westen, überwiegend *negativ*. Mit

63 Richard Schröder hat sehr anschaulich an seinem eigenen Beispiel demonstriert, wie man als Immobilienbesitzer durch die Währungsunion gleich mehrfach zum „Einigungsgewinner“ wurde. (Siehe Richard Schröder: Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit, Freiburg-Basel-Wien 2007, S.191f. Siehe dazu auch Ulrich Busch: Ostdeutschland und das Erbe der DDR, in: Berliner Debatte Initial 19 (2008) 1-2, S.168-175.

64 Siehe Joachim Frick/Markus M. Grabka: Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW Wochenbericht (Berlin), 76 (2009) 4, S.54-67.

dem Rückgang der Bevölkerung ist hier flächendeckend eine Entwertung von Immobilienvermögen zu verzeichnen. Ausgenommen davon sind lediglich bestimmte Ballungszentren wie Berlin, Dresden und Potsdam sowie bevorzugte Lagen an der Ostseeküste oder im oberen Elbtal. Da ein Großteil der Vermögen in selbst genutzten Immobilien besteht, hat dies gravierende Auswirkungen auf die Vermögensposition der ostdeutschen Haushalte insgesamt.

Viel massiver jedoch als die privaten Vermögen wurde durch die Währungsunion das Volksvermögen der DDR, insbesondere das Produktivvermögen, in Mitleidenschaft gezogen. Dieser Prozess begann unmittelbar mit der Währungsumstellung am 1. Juli 1990 und war eine direkte Folge der unvorbereiteten und ungeschützten Konfrontation der zum großen Teil veralteten und kaum wettbewerbsfähigen Betriebe mit der weit besser aufgestellten Konkurrenz auf den nunmehr offenen Märkten. Dabei zeigte sich die ökonomische Logik der Währungsumstellung mit aller Konsequenz: Denn, so plausibel und begründet es unter Kaufkraftgesichtspunkten war, die Stromgrößen im Verhältnis 1:1 umzustellen, so verhängnisvoll erwies sich dies für die Unternehmen, da diese dadurch ein kaum zu bewältigendes Kostenproblem bekamen. Die Währungsumstellung kam für sie einer Aufwertung um 300 bis 400 Prozent gleich. Es liegt auf der Hand, dass die meisten Betriebe einer derart drastischen Veränderung der Rahmenbedingungen ihrer wirtschaftlichen Existenz ohne vorübergehende Hilfe nicht gewachsen waren.

Der Zusammenbruch des RGW-Marktes 1991 und das Zerreißen der Netze langjähriger Kooperations- und Lieferbeziehungen beschleunigten den Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft zweifelsohne. Vor allem aber waren es der mit dem 1. Juli 1990 einsetzende ungleiche Wettbewerb auf dem *Binnenmarkt* und der Rückgang der Nachfrage nach Erzeugnissen ostdeutscher Produktion, die den Crash herbeigeführt haben. Rückläufige Umsätze und fehlende Gewinne im Kontext mit steigenden Lohnkosten und wegbrechenden Absatzmärkten führten für die meisten Betriebe schon bald nach dem Start in die Marktwirtschaft zum Kollaps und damit zur Entwertung ihres Anlagekapitals. Parallel dazu vollzog sich eine Entwertung fachlicher Qualifikation. Mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze wurde obsolet und damit die mit diesen Tätigkeiten verbundenen Fähigkeiten, Fertigkeiten, Berufsinhalte usw. In kürzester Zeit wurden so die in der DDR an der beruflichen Entwicklung ausgerichteten Biografien von Generationen entwertet und dadurch ein beachtlicher Teil des ostdeutschen Humankapitals faktisch liquidiert. Der Neuaufbau kostete Zeit und sehr viel Geld und ist bis heute nicht abgeschlossen.

Fazit

Als Kern der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und als Vorausprozess des Jahrhundertprojekts der Wiedervereinigung bildete die Währungsunion das Fanal der marktwirtschaftlichen Transformation Ostdeutschlands und der Überwindung der Teilung Deutschlands. Sie war das eigentliche „Wagnis“ in dem

gesamten Prozess,⁶⁵ ein politischer Coup und zugleich ein wirtschaftliches Hardspiel. Mit ihr wurden Fakten geschaffen und Weichen für die Zukunft gestellt. Als „point of no return“ für die deutsche Einheit war die Währungsunion deren wirtschaftlich bestimmendes Ereignis. Alles was danach kam, knüpfte hieran an und fand hierin seine entscheidenden Voraussetzungen. Dies galt für die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt gleichermaßen wie für den *Aufbau Ost*, für die Lohnpolitik ebenso wie für die West-Ost-Transfers und die Kosten der Einheit.

Heute stellen die Politiker die Währungsunion gern als alternativlos hin und werten sie als einen spektakulären Erfolg. Sie war beides nicht, aber sie hat zumindest politisch einiges bewirkt. Wirtschaftlich war sie ein großes Desaster und insbesondere für die ostdeutsche Industrie ihre Wirkung katastrophal. In keinem anderen postsozialistischen Land wurde so viel an wirtschaftlicher Substanz zerstört wie in Ostdeutschland. Für die ostdeutschen Unternehmen bedeutete die Währungsunion die Einführung einer „Marktwirtschaft ohne Markt“⁶⁶. Dies konnten sie wirtschaftlich nicht verkraften; ihr Ruin war deshalb von Anfang an beschlossene Sache. Die Folge war eine Entwertung ihres Anlagevermögens und der Verlust eines Drittels der Arbeitsplätze. Auch dies war keine Überraschung. Eher erstaunt, dass es dabei blieb und auch zwei Jahrzehnte später der *Aufbau Ost* sein Ziel, in den neuen Ländern eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung zu generieren, immer noch nicht erreicht hat. Noch immer ist „der Abstand in der Wirtschaftsleistung zwischen West und Ost [...] beträchtlich“⁶⁷ und noch immer gibt es keine gleichwertigen Lebensverhältnisse in Deutschland.

Die ostdeutsche Bevölkerung gelangte durch die Währungsunion in den Besitz einer attraktiven Währung. Ihre Einkommen stiegen größtenteils und das durchschnittliche Lebensniveau erhöhte sich. Dieser positive Aspekt wurde jedoch konterkariert durch den Verlust öffentlicher und privater Vermögen. Wenn Ost und West heute „nichts so sehr trennt wie die Vermögensverteilung“⁶⁸, so ist dies nicht zuletzt auf die Währungsunion zurückzuführen. Dies gilt für die private Vermögenslage, mehr aber noch für die volkswirtschaftliche Situation.

65 Grosser, Wagnis.

66 Birgit Breuel: Die Treuhandanstalt – Zielvorgaben, Rahmenbedingungen und Ergebnisse, in: Dies./Michael C. Burda (Hrsg.): Ohne historisches Vorbild, Berlin 2005, S.16.

67 Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2009, Berlin 2009, S.5.

68 Uwe Müller: Supergau Deutsche Einheit, Reinbek 2005, S.163.